
Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mieter*innen mit Kosten der Unterkunft stärken: Kein Finanzierungsstopp bei Mitgliedsbeiträgen von Mieterorganisationen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Einstellung der Finanzierung von Mitgliedsbeiträgen von Mieterorganisationen für Leistungsberechtigte nach dem SGB II, SGB XII sowie AsylbLG unverzüglich zu stoppen und die bisherigen Kooperationen fortzuführen.

Zudem soll gemeinsam mit den Sozialämtern, Jobcentern und dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) eine bedarfsgerechte, teils präventive Prüfung von Heiz- und Mietkosten bei KdU-Haushalten etabliert werden.

Weiterhin muss die Information und Bewerbung dieses Angebots bei Sozialämtern, Jobcentern und weiteren zuständigen Stellen deutlich verbessert werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. August 2026 zu berichten.

Begründung

Die Finanzierung von Mitgliedsbeiträgen in Mieterorganisationen ist ein wirksames Instrument zur präventiven Konfliktvermeidung, zur Durchsetzung von Mieterrechten und zur Senkung überhöhter Miet- und Heizkosten. Gerade bei Haushalten, deren Kosten der Unterkunft (KdU) aus öffentlichen Mitteln getragen werden, können durch frühzeitige Beratung und rechtliche Unterstützung erhebliche Einsparungen erzielt werden, ohne Leistungen für Menschen in prekären Lebenslagen zu kürzen. Es ist widersprüchlich, einerseits über steigende Sozialausgaben und notwendige Einsparungen zu diskutieren und andererseits ein Instrument zu kürzen, das nachweislich dazu beiträgt, überzogene Kosten zurückzuführen und so

langfristig öffentliche Mittel einzusparen. Statt Kürzungen braucht es eine Stärkung und bessere Bekanntmachung dieses Angebots.

Besonders unverständlich ist, dass die geplanten Änderungen offenbar ohne vorherige strukturierte Beteiligung der betroffenen Mieterorganisationen erfolgen sollen. Eine solche Vorgehensweise widerspricht dem Anspruch an transparente, kooperative und sozial ausgewogene Politik.

Berlin, den 13. März 2026

Jarasch Graf Schmidberger Kurt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen